

Alle Hoffnungen ruhen auf Cancún

Ohne Fortschritte in Mexiko sind die Klimaverhandlungen grundsätzlich infrage gestellt

CHRISTIAN MIHATSCH, Bangkok

Bei den Klimaverhandlungen stehen sich Industriestaaten und Entwicklungsländer gegenüber. Doch die USA und Europa suchen nun nach Verbündeten unter den ärmeren Ländern, um China Zugeständnisse abtrotzen zu können.

«Die Klimaverhandlungen sind wie ein Mobile. Es bewegt sich alles», sagt Franz Perrez, Leiter der Schweizer Delegation am Klimagipfel im mexikanischen Ú, der am kommenden Montag beginnt. Denn bei den wohl komplexesten internationalen Verhandlungen der Geschichte hängt immer alles mit allem zusammen. Von Montag an versuchen nun die Mitgliedstaaten der UNO-Klimakonvention UNFCCC in Cancún, das Mobile in einen neuen Gleichgewichtszustand zu bugsieren – einen Zustand, der es erlaubt, im kommenden Jahr bei der folgenden Klimakonferenz in Südafrika einen wirksamen Weltklimavertrag zu beschliessen.

Die Ausgangslage in Cancún ist die gleiche wie bei allen Verhandlungsrunden zuvor: Entwicklungsländer gegen Industriestaaten. Erstere verlangen, dass die Industriestaaten sich auf eine massive Senkung ihrer CO₂-Emissionen verpflichten, da sie für den Grossteil der historischen Emissionen seit Beginn der industriellen Revolution verantwortlich sind. Und die Industriestaaten fordern, dass auch die Entwicklungsländer eine Begrenzung ihrer Emissionen rechtsverbindlich zusagen.

Bevor die Staaten aber über die eigentliche Kernfrage, die Emissionsreduktionen, verhandeln können, müssen erst weitere Puzzleteile des zukünftigen Klimaregimes ihren Platz gefunden haben. Dazu gehören vor allem die Kontrolle der Emissionen und die Finanzierung von Klimaschutzmassnahmen. Und, wie nicht anders zu erwarten, hängt das eine vom anderen ab, wie eine Aussage des chinesischen Diplomaten Huang Huikang zeigt: Die Klimahilfen «dürfen nicht von etwas anderem abhängig gemacht werden. Eine Verbesserung der Emissionstransparenz ist für uns aus prinzipiellen Überlegungen kein Thema.»

HILFEN FÜR ARME LÄNDER. Damit befeuert Huikang einen Streit mit den USA, die besonderen Wert auf die Kontrolle der chinesischen Emissionen legen. Das Problem der USA: Sie haben kaum Verhandlungsspielraum. Nach dem Scheitern des US-Klimagesetzes und den Zugewinnen



Labiles Gleichgewicht. Der Klimawandel verändert die Lebensbedingungen. Foto Keystone

DIE VERHANDLUNGSPPOSITIONEN IM ÜBERBLICK

Land	Wichtigste Ziele
Europa, Schweiz, Japan	Weltweite Emissionsreduktion, basierend auf multilateralem Vertrag, der auch USA und Schwellenländer verpflichtet
USA	Kontrolle und Beschränkung der Emissionen von grossen Schwellenländern; wenig verbindliche Vorgaben für das eigene Land
China	Wirtschaftswachstum und Aufbau einer «Greentech»-Industrie; Energieeffizienz; keine internationalen Kontrollen
Indien	Wirtschaftswachstum; «Klimagerechtigkeit» durch Reduktion der Emissionen in den Industrieländern; ausländische «Greentech»-Investitionen
Afrika	Massive Emissionsreduktion in den Industriestaaten; grosszügige finanzielle Hilfe zur Anpassung an den Klimawandel; Technologietransfer
Indonesien und Brasilien	Hilfen zum Schutz der Regenwälder; Technologietransfer; «Klimagerechtigkeit» durch Reduktion der Emissionen in den Industrieländern
Inselstaaten	Weltweite massive Reduktion der Emissionen; finanzielle Hilfe zur Anpassung
Opec-Länder	Kompensation für entgangene Gewinne aus Erdölverkäufen

der Republikaner bei den Kongresswahlen zweifeln viele Länder sogar daran, ob die USA ihre Zusagen aus Kopenhagen einhalten können. Dazu gehören eine Reduktion der US-Emissionen um 17 Prozent im Vergleich zu 2005 und Klimahilfen für ärmere Länder.

STREIT UM KONTROLLE. «Entwicklungshilfe ist an der Spitze der Streichliste im neuen Kongress», sagt Michael Levi vom «Council on Foreign Relations». Und so suchen die USA nach Verbündeten. Ein möglicher Partner ist dabei Indien, das einen eigenen Vorschlag für die Kontrolle von CO₂-Emissionen vorgelegt hat. «Wenn die USA und Indien hier eine gemeinsame Position finden, wird es für China schwierig, nicht auch mit an Bord zu kommen», sagt Elliot Diringer vom «Pew Center», einem US-Think-Tank.

Und dann gibt es noch die Europäer und das Kyoto-Protokoll: Dieses läuft Ende 2012 aus, und die Entwicklungsländer wollen unbedingt, dass es verlängert wird. Die EU, die Schweiz und Norwegen sind grundsätzlich zu einer Verlängerung bereit. Doch diese hat natürlich einen Preis. «Gemäss Kyoto-Protokoll sind nur die Industrieländer zur Reduktion von Treibhausgasen verpflichtet. Dieser Ansatz macht fast 20 Jahre nach Verabschiedung der Klimakonvention keinen Sinn mehr», sagt Perrez. Deshalb suchen auch die Europäer nach Verbündeten unter den Entwicklungsländern, die bereit sind, die Begrenzung und Kontrolle ihrer Emissionen gegen Klimahilfen und eine Verlängerung des Kyoto-Protokolls zu tauschen.

BLOCKADE. Dabei ist allen Beteiligten klar, dass durch einen Misserfolg in Cancún die UNO-Klimaverhandlungen grundsätzlich infrage gestellt würden: «Der Prozess kann nicht permanent blockiert sein und trotzdem das Zentrum der Aktivität bleiben», sagt Todd Stern, der Chef der US-Verhandlungsdelegation. Wenn Cancún und die Verhandlungen nächstes Jahr in Südafrika keinen Erfolg bringen, dann wird irgendwann klar, dass «es nicht funktionieren wird».

Damit es nicht so weit kommt, «braucht es vor allem Bewegung», sagt Perrez, denn noch haben die Elemente des Mobiles keinen Gleichgewichtszustand gefunden, der es erlaubt, den Klimawandel zu begrenzen.

nachrichten

Nordkorea droht mit Militärschlägen

SEOUL/PEKING. Die Spannungen auf der koreanischen Halbinsel nehmen weiter zu. Nordkorea drohte mit weiteren Militärschlägen. Als Folge des jüngsten Angriffs kündigte Südkorea an, die Streitkräfte auf seinen Inseln entlang der umstrittenen Seegrenze im Gelben Meer zu verstärken. Chinas Regierungschef Wen Jiabao rief beide Länder zu «äusserster Zurückhaltung» auf. Peking fürchtet eine Eskalation auf der Halbinsel durch die angekündigten neuen Seemanöver Südkoreas mit den USA. DPA

Staatsanwalt klagt gegen Wahlbetrug

KABUL. Der afghanische Generalstaatsanwalt hat Strafermittlungen wegen Betrugs bei der Parlamentswahl vor gut zwei Monaten eingeleitet. «Wir haben Beweise, dass Stimmen in Kabul und Dubai gekauft wurden», sagte Mohammed Ischak Alko. Alko warf der Unabhängigen Wahlkommission vor, die Ergebnisse der Parlamentswahl vom 18. September verfälscht bekannt gegeben zu haben. Zudem bemängelte der Generalstaatsanwalt, dass die UNO-Mission in Afghanistan die Ergebnisse bereits anerkannt habe. SDA



Foto Keystone

Schuldsspruch für Tom DeLay

AUSTIN. Der frühere Präsident des US-Repräsentantenhauses, der Republikaner Tom DeLay, ist von einem Gericht in Texas wegen Geldwäscherei schuldig gesprochen worden. Er soll 2002 illegal Geld aus Spenden von Firmen an republikanische Kandidaten weitergeleitet haben. Dem ehemaligen Fraktionschef der Republikaner im Abgeordnetenhaus droht nun lebenslange Haft. DeLay war einer der einflussreichsten Politiker unter Ex-Präsident George W. Bush. SDA

Gericht schränkt Wahl in Ägypten ein

KAIRO. In Ägypten steigt vor der Parlamentswahl am Sonntag die Fieberkurve: Das Verwaltungsgericht der Provinz Alexandria ordnet an, dass die Wahl in zehn der elf Wahlbezirke von Alexandria nicht stattfinden dürfe, weil zahlreiche Kandidaten unrechtmässig ausgeschlossen worden seien. Gegen die Entscheidung legte die Nationaldemokratische Partei von Präsident Mubarak Einspruch ein. DPA

Alarmstimmung wegen Geheimpapieren

WASHINGTON. Die US-Regierung befürchtet diplomatischen Ärger wegen der angekündigten Veröffentlichung von Geheimpapieren aus dem Aussenministerium auf der Enthüllungsplattform Wikileaks. «Die Veröffentlichungen sind schädlich für die USA und unsere Interessen», sagte ein Aussenamtssprecher. Noch in dieser Woche könnten nach seinen Angaben Hunderttausende interne Papiere aus dem State Department auf der Website erscheinen. DPA

Anti-Rassismus-Resolution spaltet die UNO

Die islamischen Staaten verfolgen das Ziel, Kritik am Islam unter Strafe zu stellen

PIERRE SIMONITSCH, Genf

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat eine Resolution gegen den Rassismus angenommen, die einen tiefen Riss zwischen den 192 Mitgliedsstaaten bewirkt.

Der in der Nacht zum Donnerstag verabschiedeten UNO-Resolution geht es weniger um Rassismus als um die Verleumdung von Religionen, besonders des Islam. 121 Staaten stimmten für den von Südafrika eingebrachten Entwurf. 19 lehnten ab, darunter die USA, Deutschland und Grossbritannien. Die Schweiz enthielt sich mit 34 anderen Staaten der Stimme, was auch eine Art von Ablehnung ist.

Die Verleumdung von Religionen und die Islamfeindlichkeit als eine Form von Rassismus stehen seit 2001 auf der Tagesordnung der verschiedenen UNO-Organen. Einpeitscher ist jeweils die Organisation der Islamischen Konferenz

(OIC) mit ihren 57 Mitgliedern. Offiziell unterbreitet wurde der diesjährige Resolutionsentwurf im Namen der Gruppe der Entwicklungsländer (G-77) von Südafrika.

KAMPFABSTIMMUNG. Der Text beklagt eine Zunahme von Islamophobie, Antisemitismus, Christenphobie und anderen Fremdenängsten. Im Laufe der Zeit sind die Resolutionsentwürfe ständig erweitert und ausgeschmückt worden. Die jüngste Resolution umfasst elf Seiten und enthält 77 Paragraphen. Während der Debatte wurden 34 Abänderungsvorschläge eingebracht, die einen Konsens erschwerten. Die Schweiz versuchte vergeblich, einen Absatz so abzuändern, dass er die religiöse Freiheit des Individuums untermauert hätte.

Gewöhnlich wird auf UNO-Konferenzen durch langwierige Verhandlungen

versucht, heikle Resolutionsentwürfe – etwa über Rassismus oder Religion – im Konsens zu verabschieden. Diesmal war aber eine Kampf Abstimmung nicht zu vermeiden. Schon bei den Vorgefechten im Menschenrechtsrat der UNO in Genf war ersichtlich geworden, dass die Meinungen zwischen der westlich-humanistischen Welt und den Anführern der Islamischen Konferenz in den Fragen des Umgangs mit der Religion unüberbrückbar sind.

WESTLICHE VORBEHALTE. Die westlichen Staaten lehnten den zuerst in Genf und dann in New York vorgelegten Resolutionsentwurf ab, weil er ihrer Auffassung nach die Meinungsfreiheit und die Rechte des Einzelnen einschränke. Ausserdem würden bekennende Atheisten ausgegrenzt und kriminalisiert. Die Resolutionen gegen die Verleum-

dung von Religionen verfolgten allesamt das Ziel, Islamkritik weltweit unter Strafe zu stellen. Allerdings ist die UNO-Generalversammlung dafür nicht der geeignete Ort, weil ihre Beschlüsse für kein Land rechtsverbindlich sind.

GRUNDFREIHEIT. Juristen weisen darauf hin, dass die Kritik an Religionen eine Grundfreiheit ist, die im internationalen Pakt über die bürgerlichen und politischen Rechte aus dem Jahre 1976 verankert wurde. Eingeschränkt werde dieses Recht gemäss Artikel 19 des Pakts nur durch den Schutz der nationalen Sicherheit oder der öffentlichen Ordnung und durch den Respekt, den jeder den Rechten anderer entgegenbringen muss. Aufrufe zu nationalem, rassistischem oder religiösem Hass stellen hingegen nach dem humanitären Völkerrecht eine Straftat dar.